



montags-info

FÜR ARBEITSZEITVERKÜRZUNG - GEGEN SOZIALABBAU

Martin Schulz' Vorschläge

Gefühl der Gerechtigkeit – Politik der Spaltung.

An der Saar ist der Schulz-Effekt verpufft und der Lafontaine-Traum geplatzt. Es wird keine rot-rote-Landesregierung im Saarland geben, wie es sich der ehemalige SPD-Vorsitzende gewünscht hatte. Für die meisten Menschen genügt das „Gefühl für Gerechtigkeit“, das Schulz verspricht, nicht. Die Bilanz der SPD-Regierungspolitik ist eindeutig: Niedriglohn, Altersarmut, Kinderarmut, Rekord-Leiharbeit, und der Mindestlohn reicht auch nicht zum Leben.

Auch die Vorschläge des SPD-Kanzlerkandidaten zur Sozialpolitik setzen die sozialdemokratische Spaltung der Lohnabhängigen fort. In vielen Wahlkampfreden spricht Schulz von den „hart arbeitenden Menschen“ und „wer sich abrackert und an die Regeln hält“, der verdiente Respekt. Seine Vorschläge zielen auf ältere Beschäftigte, die Angst vor der Arbeitslosigkeit und vor allem Hartz IV haben. Er bezieht sich ganz bewusst auf ALG I, nicht auf Hartz IV. Die SPD transportiert das Bild, es könne nicht sein, dass wer sein ganzes Leben gearbeitet hat, genau so wenig hat wie ein Hartz IV-Empfänger. Das ist die Spaltung zwischen den „Guten“, die dann vielleicht mal ALG I beziehen und den „Schlechten“, die Hartz IV bekommen.

Schulz hat hierfür einen Vorschlag der früheren CDU-Arbeitsministerin von der Leyen aufgewärmt. Bei Teilnahme an Qualifizierungsmaßnahmen soll der

Bezug von Arbeitslosengeld I bis zu 48 Monate möglich sein – falls eine Maßnahme von der Bundesagentur für Arbeit (BA) angeboten wird. Die Sache bleibt schön unverbindlich, angenehm für Wahlkämpfer. Der Haupteffekt ist, dass Ältere, die kaum noch Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben, in Maßnahmen zwischengeparkt werden und somit aus der Statistik herausfallen. Danach winken Zwangs-Früherente oder Hartz IV. Für die meisten Erwerbslosen, die ALG I beziehen, würde sich nichts ändern, denn die durchschnittliche Bezugsdauer lag im Dezember 2016 bei 130 Tagen, also 4 Monaten. Der Druck, in Armut durch Hartz IV zu kommen, ist hoch genug, jeden Job anzunehmen.

Weiter sieht der Vorschlag vor, dass nach zehn Monaten sozialversicherungspflichtiger Arbeit in den letzten drei Jahren ALG I bezogen werden kann, statt bisher bei 12 Monaten in zwei Jahren. Dies könnte zu einer Ausweitung der Berechtigten für ALG I führen. Falls dann doch der Absturz in Hartz IV kommt, soll man 300 Euro pro Lebensjahr statt bisher 150 Euro „Vermögen“ behalten dürfen. Am Hartz IV-Regelsatz, an den Sanktionen und der Zumutbarkeitsregelung soll sich nichts ändern.

Der Vorschlag ist schön billig, da „nur“ 786 000 Erwerbsfähige ALG I bekommen, aber 4,3 Millionen ALG II. Ein Drittel der offiziell Arbeitslosen bezieht ALG I. Dass

das Leben mit ALG I viel besser sein soll, ist auch nur eine Gefühlsfrage. Laut Institut für Arbeitsmarkt und Qualifikation (IAQ) liegen die Zahlbeträge von ALG I oft unter oder nur knapp über dem Leistungsniveau von Hartz IV, wenn man vom Regelsatz und von durchschnittlichen Kosten der Unterkunft ausgeht.

Wenn das Arbeitslosengeld steigen soll, dann müssten die Löhne deutlich steigen. Das hängt in erster Linie von ordentlichen Streiks ab. Einen Einfluss auf die Höhe der Löhne hat aber auch das staatlich definierte Existenzminimum, das im Hartz-Regelsatz festgelegt ist. Solange der so niedrig bleibt wie jetzt, wird es für große Teile der Klasse schwer, höhere Löhne zu erkämpfen. Spaltung und Täuschung war bereits die Grundlage für die Agenda-Politik. Mit der Behauptung, Leiharbeit würde Arbeitslosen den Einstieg in den Arbeitsmarkt erleichtern, wurde der Kündigungsschutz ausgehebelt. Mit der Erpressung der Erwerbslosen wurde die Kernbelegschaft in die Mangel genommen. Wer höhere Löhne will, muss für einen höheren Regelsatz kämpfen und umgekehrt. Das ist nicht mit SPD und Linkspartei (von den Grünen ganz zu schweigen) zu machen, die in ihren bisherigen Regierungen die Politik der Armut und der Spaltung betrieben haben.

aus: UZ – Unsere Zeit, 31.03.2017, gekürzt

Drohnenmordzentrale Stuttgart

*DKP Stuttgart bezieht Position
gegen AFRICOM.*

Drohnenangriffe im Jemen, Somalia, Libyen und Mali werden von US-Militärbasen in Deutschland aus gesteuert. Der US-Stützpunkt Ramstein fungiert dabei als Kommunikationsgelenkstelle zwischen den USA und dem Zielland ihrer Operation. Die entsprechende Kommandozentrale, von der diese Operationen aus befehligt werden, ist das AFRICOM in Stuttgart-Möhringen. Was offiziell als „Kampf gegen den Terror“ bezeichnet wird, beinhaltet völkerrechtswidrige, extralegale Hinrichtungen vermeintlicher Terroristen und fordert zudem zahlreiche angeblich ungewollte Opfer unter der Zivilbevölkerung. Unter dem zynischen Begriff des „Kollateralschadens“ summieren sich 35% aller Getöteten als Versehen.

Dem auswärtigen Amt zufolge lässt sich aus der Überlassung von Gelände für die Luftwaffenbasis Ramstein an das US-Militär noch „keine allgemeine Verantwortung für alle Einsätze“ ableiten. Zudem sehe die US-Regierung in diesen Operationen keine Völkerrechtswidrigkeit, womit sich der Fall für die Bundesregierung offensichtlich erledigt hat. Dem widerspricht Alexander Neu, Bundestagsabgeordneter der Partei DIE LINKE, indem auf der NATO überlassenem Gebiet das deutsche Recht gelte, das auch für das US-Militär Gültigkeit besitze. Damit hat sich dieses auch an das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland zu halten, dessen Artikel 25 „die allgemeinen Regeln des Völkerrechts [als] Bestandteil des Bundesrechtes“ geltend macht, womit völkerrechtswidrige Militäreinsätze von deutschem Boden aus ausgeschlossen sein sollten.

Während der Ministerialdirigent im

Außenministerium, Jürgen Schulz, am 3.12.2016 im Zeugenstand des NSA-Untersuchungsausschusses behauptete, die Bundesregierung habe die Rolle der deutschen US-Basis Ramstein bei Drohnenangriffen geahnt, doch durch die USA lange nicht bestätigt bekommen, weist die LINKE/SÖS den Stuttgarter OB Fritz Kuhn darauf hin, dass „Verbindungsoffiziere der Bundeswehr [...] beim AFRICOM in Stuttgart ebenso wie in Ramstein beim AOC (Air and Space Operation Center) stationiert“ sind. Kuhn entgegnete daraufhin, dass der Stadtverwaltung „diverse journalistische Recherchen über den Einsatz von Drohnen in der Verantwortung von AFRICOM bekannt“ seien, jedoch keine „eigenen Erkenntnisse“ vorlägen. Warum sich der OB daraufhin nicht um solche Erkenntnisse bemüht, bleibt offen. Der ehemalige Drohnenpilot Brandon Bryant bestätigt am 4. April 2014 in einem Gespräch mit der Süddeutschen Zeitung, dass der Bundesregierung als Bündnispartner die Unterlagen zu den Drohneinsätzen übergeben worden sind.

Die drei Stuttgarter BundestagskandidatInnen haben sich nun mit einem offenen Brief an OB Kuhn und MP Kretschmann gerichtet, in dem sie die Position der DKP zu dieser Thematik äußern:

Kuhn und Kretschmann dürfen – vor allem als langjährige aktive Mitglieder einer ursprünglich

antimilitaristischen Partei – völkerrechtswidrige Ermordungen via Drohnen in keinem Falle dulden und diese nicht mittels Wegschieben der Zuständigkeit legitimieren. Sie haben die Bundesregierung darauf hinzuweisen, dass von deutschem Boden nie wieder Krieg ausgehen darf.

AFRICOM und EUCOM müssen als Militärstützpunkte geschlossen und zu Sozialwohnungen umfunktioniert werden.

aus: <https://dkp-stuttgart.org>

Fluchtgrund Krieg

In Afghanistan haben nach UNO-Angaben seit Jahresbeginn fast 50.000 Menschen ihre Heimatdörfer verlassen müssen. Allein in der vergangenen Woche seien in 22 von 34 Provinzen Menschen vertrieben worden.

In der nördlichen Provinz Kundus habe es wieder „bedeutende Kampfhandlungen“ gegeben, heißt es in dem Bericht der UNO-Agentur zur Koordinierung humanitärer Hilfe (OCHA).

Im Westen Afghanistans hat sich laut UNO-Nothilfebüro die Situation großflächig verschlechtert.

2016 flohen mehr als 660.000 Afghanen vor Kampfhandlungen aus ihren Dörfern – ein Anstieg von 40 Prozent im Vergleich zu 2015 mit 470.000 Kriegsvertriebenen.



**Ohne Nazis und RassistInnen leben,
in Karlsruhe und anderswo!**

**Wir rufen alle Menschen in unserer Stadt
auf, gemeinsam den Naziaufmarsch zu
verhindern:**

Samstag, 3. Juni 2017

Treffpunkt 11:00 Uhr Karlsruhe - Durlach

Ort und Zeit können sich noch ändern! Aktuelle Infos unter: www.antifa-buendnis-ka.de



<http://news.dkp.de>

Seit 4/2004 immer montags

www.dkp-karlsruhe.de

Deutsche Kommunistische Partei (DKP)

Herausgeber: DKP Karlsruhe, V.i.S.d.P.: Hans Jürgen Rettig, 76703 Kraichtal.

Alle bisher erschienenen Montags-Infos unter www.dkp-karlsruhe.de

www.dkp.de

Kontakt: dkp.karlsruhe@gmx.de

www.unsere-zeit.de